



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 17. Mai 2009

Anouk Lloren, Alessandro Nai

| Abstimmungsergebnis | Ja | Nein |
|--|------------------|------------------|
| Verfassungsartikel "Zukunft mit Komplementärmedizin" | 1'283'838 67% | 631'908 33% |
| Bundesbeschluss über Biometrische Pässe | 953'136 50.1% | 947'632 49.9% |

Stimmbeteiligung 38%

gfs.bern
Forschung für Politik, Kommunikation und Gesellschaft
Hirschengraben 5
3011 Bern

Tel. 031/311 08 06
Fax 031/ 311 08 19
e-mail: info@gfsbern.ch

Universität Genf
Institut für Politikwissenschaft
Boulevard du Pont-d'Arve 40
1211 Genf 4

Tel. 022/379 83 62
Fax 022/379 83 64
e-mail: secretariat-politique@unige.ch

VOX vom 17. Mai 2009

Hauptresultate der Analyse der Abstimmung vom 17. Mai 2009

Das Schweizer Volk nahm beide Vorlagen an, die am 17. Mai 2009 zur Abstimmung gelangten: den Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin» mit etwa zwei Dritteln aller Stimmenden und den Stimmen aller Kantone, und die Revision des Bundesgesetzes über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige und des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer. Mit 50.1% der Stimmen wurde damit die Speicherung biometrischer Daten im Schweizer Pass und in ausländischen Reisedokumenten ganz knapp gutgeheissen. Bundesweit betrug die Stimmbeteiligung 38%.

Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin»

Mit dem Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin», der ersten Abstimmungsvorlage vom 17. Mai 2009, wollte man dafür sorgen, dass der Zugang zur Komplementärmedizin im schweizerischen Gesundheitssystem verfassungsmässig verankert wird. Bei dem Verfassungsartikel handelte es sich um einen Gegenentwurf, den das Parlament zu der Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin» ausgearbeitet hatte. Diese hatte eine vollumfängliche Berücksichtigung der Alternativmedizin gefordert und war schliesslich vom Initiativkomitee zurückgezogen worden. Der Bundesrat, das Parlament und sämtliche Parteien (mit Ausnahme der SVP) traten für den Verfassungsartikel über die Komplementärmedizin ein, der vom Volk massiv angenommen wurden (mit 67% Ja-Stimmen).

Wie die Analysen ergaben, fielen politische Merkmale beim Stimmentscheid stärker ins Gewicht als soziodemografische. Wohl wirkten sich der Zivilstand, das Geschlecht und der Landesteil tendenziell auf die Entscheidung aus, ausschlaggebend waren jedoch die Identifizierung mit einer Partei und die Positionierung auf der Links-Rechts-Achse. Anhängerinnen und Anhänger der SP, der CVP und in etwas geringerem Ausmass der FDP nahmen den Verfassungsartikel an. Bei den Personen, die sich selbst links aussen bis links einstuften, war die Zustimmung für die Berücksichtigung der Alternativmedizin in der Grundversicherung am grössten.

Aus der Untersuchung der Stimmotive und Argumente ging hervor, dass die Ja-Stimmenden ihren Entscheid mit der Wirksamkeit der Komplementärmedizin begründeten. Ins Gewicht fiel für die Befragten auch das Argument, wonach Komplementärmedizin weniger koste. Die Gegnerinnen und Gegner des Verfassungsartikels begründeten ihren Entscheid hauptsächlich damit, dass die Berücksichtigung der Komplementärmedizin Kosten nach sich ziehe und die Methoden nicht wissenschaftlich seien.

Revision des Ausweis- und des Ausländergesetzes (biometrische Pässe)

Bei der zweiten Abstimmungsvorlage vom 17. Mai 2009 ging es um die Revision des Bundesgesetzes vom 22. Juni 2001 über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige sowie des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer. Durch die Gesetzesänderungen können biometrische Daten im Schweizer Pass und in ausländischen Reisedokumenten gespeichert werden. Bundesrat und Parlament sowie die Mitte-Rechtsparteien (CVP, EVP, FDP, Die Liberalen und BDP) traten dafür ein, und eine «unheilige» Allianz zwischen SVP und SP (und die Grünen) bekämpfte sie. Das Schweizer Volk nahm die Vorlage mit einer hauchdünnen Mehrheit von 5500 Stimmen (50.1%) an.

Bei der Untersuchung des Profils der Stimmenden stellten wir fest, dass soziodemografische Faktoren den Stimmentscheid nur geringfügig beeinflussten. Von den untersuchten soziodemografischen Faktoren war einzig der Zivilstand signifikant: Bei ledigen und geschiedenen Personen war der Ja-Stimmen-Anteil deutlich geringer, während verheiratete, in einer Partnerschaft lebende Personen und vor allem Witwen oder Witwer eher Ja stimmten. Tendenziell nahm der Anteil Ja-Stimmen mit steigendem Alter zu. Viel gewichtiger für den Stimmentscheid waren politische Faktoren, wobei vorwiegend das Regierungsvertrauen und die Identifizierung mit einer Partei eine Rolle spielten. Das stellten wir auch in Bezug auf die politischen Wertvorstellungen der Befragten fest: Jene, die für eine verschlossene Schweiz eintraten, die ihre Traditionen schützt, stimmten ziemlich eindeutig Nein - im Gegensatz zu jenen, die sich zu einer modernen, offenen Schweiz bekannten.

Die Untersuchung der Stimmotive ergab, dass Ja-Stimmende die Vorteile der Vorlage in der Reisefreiheit im Ausland und beim Schutz vor Missbräuchen sahen. Bei der Ablehnung der Vorlage überwogen Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Datenschutz.

Die Stimmbeteiligung

Mit 38% lag die Stimmbeteiligung am 17. Mai 2009 leicht unter dem Mittel der Abstimmungen auf Bundesebene in den letzten Jahren. Wie bei früheren Abstimmungen beeinflussten das Alter, der Bildungs- und der Zivilstand die Stimmbeteiligung. Diese stieg auch mit zunehmender Beteiligung an anderen Abstimmungen, einem ausgeprägten Interesse für Politik und mit zunehmender Leichtigkeit bei der Meinungsbildung. Den politischen Parteien – besonders der SP und der CVP – ist es relativ gut gelungen, ihre Anhängerschaft zum Abstimmen zu bewegen.